Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 34 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 607 — DIENSTAG, 20. DEZEMBER 1932 — MORGEN-AUSGABE

Entscheidung erst heute

Aeltestenrat vertagte sich bis nach der Reichsratssitzung

Der Aeltestenrat des Reichstags hat gestern seine Beratungen noch nicht beendet, vielmehr beschlossen, sich auf heute abend nach der Sitzung des Reichsrats zu vertagen, in der die Abstimmung über die Amnestie erfolgt. Sinn dieses Beschlusses ist natürlich, den Reichstag sofort zusammenrufen zu können, falls der Reichsrat gegen die Amnestie Einspruch erheben sollte. Da ein solcher Einspruch unwahrscheinlich ist, ist auch eine Einberufung des Reichstags noch vor Weihnachten kaum zu erwarten.

Innerhalb einer Gruppe von Nationalsozialisten besteht allerdings eine gewisse Neigung, den Reichstag auf jeden Fall noch vor Weihnachten zusammenzuberufen, um mit nationalsozialistisch-kommunistischer Majorität die Agitationsanträge über die Winterhilfe zum Gesetz zu erheben, deren Durchführung die Kleinigkeit von 4—500 Millionen kosten würde. Die Annahme eines solchen Antrages müßte naturnotwendig zum Konflikt mit der Regierung führen, die es keineswegs zulassen würde, daß der Reichstag wieder vollkommen in agitatorisches Fahrwasser gerät. Da die Nationalsozialisten, innerlich und äußerlich geschwächt, zur Zeit keinerlei Interesse an einem Konflikt haben, ist nicht zu erwarten, daß diese Richtung der nationalsozialistischen Fraktion, an deren Spitze der Abgeordnete Stöhr stehen soll, sich durchsetzt. Der Friedenswille der Nationalsozialisten zeigte sich auch in der gestrigen Aeltestenratssitzung.

Präsident Göring wies darauf hin, daß in seiner heutigen Sitzung der Reichsrat sich mit dem vom Reichstag beschlossenen Amnestiegesetz beschäftigen werde. Sollte der Reichsrat Einspruch gegen dieses Gesetz erheben, dann müßte die Begründung des Reichsrats abgewartet werden. Für diese Begründung habe der Reichsrat eine Frist von vierzehn Tagen. Es habe also gar keinen Zweck, den Reichstag vorher einzuberufen.

Abg. Löbe (SPD.) meinte, man könne doch nicht annehmen, daß der Reichsrat, falls er überhaupt Einspruch erhebe, Wert darauf lege, die Entscheidung des Reichstags unnötig hinauszuzögern. Er hoffe, daß der Reichsrat von der vierzehntägigen Frist Abstand nehme und es dem Reichstag ermögliche, noch in dieser Woche zusammenzutreten und durch abermalige Festlegung seines Beschlusses die Amnestie endgültig zu verabschieden.

Schließlich wurde beschlossen, daß der Aeltestenrat heute abend 7 Uhr nach der Sitzung des Reichsrats noch einmal zusammentreten und die Aussprache fortsetzen soll.

Schleicher beim Reichspräsidenten

Reichskanzler von Schleicher hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten über die geplante neue Notverordnung Vortrag gehalten. Beabsichtigt ist die Aufhebung der Verordnungen über Sondergerichte und Zuchthausstrafen für politischen Terror, die Aufhebung der Presse-Notverordnungen und die Erholtung nur der wichtigsten Vorschriften sowohl aus diesen Verordnungen wie aus dem Republikschutzgesetz in Form einer neuen Verordnung auf Grund des Artikels 48.

Diese, ursprünglich „Verordnung zur Förderung des inneren Friedens" betitelte Maßnahme wird auf Grund der Beratungen in den Ressorts noch einige Aenderungen erfahren und auch eine neue Ueberschrift erhalten. Sie wird zugleich mit einer Erklärung der Reichsregierung bekanntgegeben werden, in der die Wiederherstellung der politischen Bewegungsfreiheit, des Vereins-, Versammlungs- und Presserechts ausführlich begründet und gleichzeitig dargelegt wird, **daß bei Mißbrauch der politischen Freiheiten noch schärfere Maßnahmen bereit gehalten werden.**

Hoovers unentschlossene Botschaft

Für eine unverbindliche Fühlungnahme am runden Tisch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 19. DEZEMBER

Präsident Hoover hat heute seine mit Spannung erwartete Schulden-Botschaft an den Kongreß gerichtet, die aber ein nur schlecht verhülltes Eingeständnis mangelnder Autorität während der Uebergangszeit bis zum Einzug Roosevelts ins Weiße Haus darstellt. Der Präsident schlägt dem Kongreß vor, einen Ausschuß zu bilden, der die Schuldenabkommen einer erneuten Prüfung unterziehen soll. Wenn der Kongreß auch diese bescheidene Initiative ablehnt, will Hoover um die Mitarbeit Roosevelts nachsuchen und eine derartige Kommission im Namen der Bundesregierung ins Leben rufen.

Hoover gibt in seiner Botschaft aber wenigstens zu, daß die Schuldentrifft eine Reihe sehr ernster Konsequenzen geschaffen habe, deren Bedeutung keine weitere Aufschiebung erlaubt. Die Behandlung der Schuldenfrage auf dem regulären diplomatischen Weg, den Roosevelt empfohlen hat, erscheint ihm unzweckmäßig, und Hoover setzt sich als beste Verhandlungsform für eine Aussprache mit den Vertretern der Schuldnermächte am runden Tisch ein. Da die wirtschaftlichen Fragen mit der Abrüstung und mit der Prüfung der Schulden eng verbunden seien, schlägt der Präsident vor, daß die Mitglieder der Genfer Abrüstungskommission in eine Schuldenkommission abdelegiert werden sollen.

Nach dem vorgebrachten Gedankengang will Hoover anscheinend in vorsichtiger Form zugestehen, daß es Sache der Weltwirtschaftskonferenz ist, nunmehr ohne amerikanischen Widerstand die Schuldenfrage endgültig zu bereinigen. Aufgabe der geplanten Kommission wird es nur sein, in Fühlung mit den Schuldnerländern vorbereitende Arbeit zu leisten. Ob der Kongreß den Absichten des Präsidenten entgegenkommen wird, muß bezweifelt werden. Bisher hat auch Roosevelt nicht zu erkennen gegeben, daß er Hoover in der Schuldenfrage unterstützen will.

Bemerkenswert an der Botschaft ist vor allem, daß sie die französisch-amerikanische Kontroverse gar nicht berührt, und auch das delikate Thema vermeidet, ob Amerika die Initiative zu Revisionsverhandlungen mit den säumigen Schuldnern Frankreich, Belgien und Polen ergreifen soll.

England gegen Schuldnerfront

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 19. DEZEMBER

Im Unterhaus wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie nicht zur Erleichterung der Kriegsschuldenzahlungen an Amerika die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien zu einer Konferenz einladen solle, um gemeinsame Schritte zu erörtern, wie die Handelsbilanz der europäischen Länder mit Amerika günstiger gestaltet werden könne. In Vertretung des Premierministers erwiderte Baldwin, daß die amerikanische Regierung sich bereit erklärt habe, mit der englischen Regierung baldmöglichst in Verhandlungen über die Kriegsschulden einzutreten und daß aus diesem Grunde die englische Regierung die vorgeschlagene Konferenz im Augenblick nicht für zweckmäßig halte.

Es wurde gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Regierung von Neuseeland ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, ihre Kriegsschuldenanteile an England zu entrichten.

Sternenbanner vor Asien

Von

WALTER BOSSHARD

Unser nach den Philippinen entsandter Sonderberichterstatter schildert den Freiheitskampf dieses Inselvolkes, das durch Amerika reich wurde, aber auch den Vorposten der amerikanischen Politik in Ostasien darstellt. Aus wirtschaftlichen Beweggründen hat der amerikanische Kongreß sich jetzt bereiterklärt, den Philippinen innerhalb von acht oder zehn Jahren die volle politische Freiheit zu gewähren.

MANILA, IM NOVEMBER

Kein Gedanke hat in den letzten Jahren in Asien einen so mächtigen Widerhall gefunden, wie die Wilsonsche These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Von Arabien bis Japan hinauf macht sich immer stärker die große Bewegung bemerkbar, „Los vom Weißen". Während in den europäischen Kolonien in Asien sich diese Entwicklung unter starken politischen Reibungen vollzieht, hat sich in den Philippinen der nationale Drang nach Unabhängigkeit in aller Stille und ohne Störung der amerikanischen Verwaltung entwickelt. Der Grund liegt darin, daß Amerika bei der Kolonisierung des Landes vollkommen andere Methoden eingeschlagen hat als die europäischen Großmächte in ihrem Kolonialbesitz. Das politische Endresultat ist aber darum nicht anders.

Die Philippinen sind seit dem 16. Jahrhundert mit einer kurzen Unterbrechung spanischer Besitz und gelangten 1898 nach dem spanisch-amerikanischen Kriege unter amerikanische Herrschaft. Die große Zahl von Kirchen und die imposanten Gebäude im spanischen Stil erinnern heute noch an die historische Vergangenheit, die sich mit der großzügigen amerikanischen Bautechnik moderner Sachlichkeit vermischt

hat. Selbst die radikalsten Vertreter des philippinischen Unabhängigkeits-Gedankens geben zu, daß die vergangenen 30 Jahre amerikanischer Verwaltung dem Lande einen gewaltigen Aufschwung gebracht haben. Durch Verbesserung der Hygiene und radikale Einschränkung der Säuglingssterblichkeit ist die Bevölkerung von 6,7 Millionen Seelen im Jahre 1903 auf 13,5 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Seit langer Zeit wird ein Drittel der Staatseinnahmen für Schulzwecke und ein Zehntel für Gesundheitsdienst aufgewendet. Das junge Amerika hat kein Opfer gescheut, um in Erinnerung an seine eigene koloniale Vergangenheit zu beweisen, daß seine Methoden der Kolonisation an Großzügigkeit jede andere Macht übertreffen.

Trotz der Verdoppelung der Einwohnerzahl in den letzten 30 Jahren gehören die Philippinen noch zu den dünnbevölkerten Agrarländern. Wie aber auch in den anderen Gebieten Asiens, ist die Bevölkerungszunahme hier hauptsächlich den Städten zugute gekommen, wo die Annehmlichkeiten des modernen Lebens und die hohen Löhne im Zusammenhang mit großzügigen Bildungsmöglichkeiten ein geistiges Proletariat geschaffen haben, das zum Träger der Unabhängigkeitsbewegung geworden ist. In der Geschichte des Landes fehlt es nicht an revolutionären Kämpfen, die sich in der spanischen Zeit gegen die kulturelle und wirtschaftliche Vorherrschaft der Geistlichkeit richteten. Diese Kämpfe haben auch einen philippinischen Freiheitshelden, José Rizal, geschaffen, der nach langer Verbannung und einem Aufenthalt